

Donnerstag, 23. April 1914.

Mittag-Ausgabe.

Nr. 188. 53. Jahrgang.

Das Posener Tageblatt erscheint an allen Wochentagen zweimal. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich in den Geschäftsstellen 3,00, in den Ausgabestellen 3,25, frei ins Haus 3,50, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches 3,50 M.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis für eine kleine Zeile im Anzeigenteil 25 Pf., Reklamenteil 80 Pf., Stellengedrucke 15 Pf. Anzeigen nehmen an die Geschäftsstellen Tiergartentr. 6 St. Martinstr. 62 und alle Annoncenbureaus.

Fernspr. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Ginschel.

Telegr.: Tageblatt Posen.

Aufsendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beifügt ist.

Wer sich für die Posener Stadtverordneten-Sitzungen interessiert,

der lese das „Posener Tageblatt“, denn es bringt die Berichte darüber stets einen halben Tag früher

als die anderen Posener Zeitungen. Der Bericht über die gestrige Stadtverordnetensitzung befindet sich bereits in dieser Ausgabe.

Schleunigste Berichterstattung

ist auch sonst ein Vorzug des „Posener Tageblattes“, da es das einzige zweimal täglich erscheinende Blatt der Provinz Posen ist.

Vom Kaiserpaar auf Korfu.

Eintreffen des Königs Konstantin.

Der Kaiser und die Kaiserin, die gestern eingetroffene Königin der Hellenen und die anwesenden deutschen Diplomaten besuchten gestern die Ausgrabungen in Monrepos und Gariga.

Die Kaiserin besuchte am Vormittag den Panzerkreuzer „Goeben“.

Zur Mittagstafel beim König und der Königin der Hellenen im Stadtschloß waren der Reichskanzler und Freiherr von Wangenheim geladen. Der König der Hellenen hat dem Reichskanzler das Großkreuz des Erlöserordens verliehen.

Noch eine Huldigung

für den Fürsten Wedel.

Ein Ständchen der Straßburger

Militär-Musikkapellen.

Dem scheidenden Statthalter Fürsten Wedel und seiner Gemahlin wurde am Mittwoch nachmittag von sämtlichen Musikkapellen der in Straßburg garnisonierenden Regimenter eine Huldigung dargebracht. Die Kapellen boten unter Leitung des Obermusikmeisters Fischer vom Infanterie-Regt. Nr. 143 unter großem Andrang des Publikums eine Standmusik dar.

Fürst und Fürstin v. Wedel empfingen die Generalität, die Minister, die Unterstaatssekretäre a. D. Dr. Petri und Mandel und viele andere im Garten des Palais und wohnten dem Konzert bis zum Schlusse bei. Als Gratulations- und Abschiedsspenden traf zu dieser Zeit eine Fülle prachtvoller Blumen Spenden im Palais ein.

Der Hochstapler als Bürgermeister.

In Bromberg, wo der verhaftete bisherige zweite Bürgermeister von Köslin zwei Jahre lang Magistratsassessor war, erregt die Aufdeckung der Schwindeleien Thormanns naturgemäß besonderes Aufsehen, weniger wegen der Stellung, die Thormann dort bekleidet hat, als wegen seiner Verheiratung mit der einzigen Tochter eines der höchsten Bromberger Staatsbeamten. Die unglückliche Frau Thormanns weiß übrigens schon eine Woche im Elternhaus in Bromberg. Über die Tätigkeit Thormanns in Bromberg teilt das „Bromberger Tageblatt“ folgendes mit:

Alexander kam im November 1911 aus der städtischen Verwaltung in Weissenfels a. S., wo er Magistratsassessor war, nach Bromberg und war zuerst unbesoldet, später gegen Besoldung beschäftigt. Er hat in verschiedenen Dezernaten gearbeitet, wobei er sich durch scharfen Verstand und große juristische Kenntnisse auszeichnete. In seinem Auftreten fiel dem aufmerksamen Beobachter ein unruhiges, nervöses Wesen auf. Er soll auch wenig geschlafen haben. Sein Privatleben war hier nicht ganz einwandfrei. In der ersten Zeit seines Hierseins unterhielt er ein Verhältnis mit einem jungen Mädchen, das sich seinerwegen vergiftete. Ja, man erzählt sich sogar, daß Alexander zurzeit noch mit zwei Frauen verheiratet ist. Seine im Januar d. Js. in Bromberg unter falschem Namen geschlossene Ehe ist gesehlich ungültig. Gesellschaftlich verkehrte der Hochstapler hier in den allerersten Kreisen, ohne gerade ein besonders gewandtes Auftreten an den Tag zu legen. Ein einziges Mal drohte ihm in Bromberg die Entlarbung, allein die Beteiligten hielten einen derartigen Schwindel für durchaus unmöglich. Ein auswärtiger mittlerer Beamter, der Alexander aus seinem früheren Wirkungskreise kannte, kam zu Besuch nach Bromberg und wurde von seinem Vater, einem städtischen Beamten, vom Bahnhof abgeholt. Beim Austritt aus dem Gebäude begegnete ihnen Alexander. Der Vater grüßte in militärischer Strammheit, worauf der Sohn bemerkte: „Das hast Du doch nicht nötig, denn ich bin ja, der war früher bei uns Kreisassistent.“ Der Vater entgegnete, daß hier ein Irrtum vorliege, allein der Sohn blieb bei seiner festen Überzeugung. Nur aus dem Grunde, weil beide einen jo dreisten Schwindel für undenkbar hielten, unterblieb die weitere Verfolgung der Angelegenheit. Auch gelegentlich seiner Verabschiedung in der Stadtverordnetenversammlung hatte sich Alexander hier seinerzeit eines an Betrug grenzenden Schwindels schuldig gemacht, indem er über die Abschiedsworte des Stadtverordnetenvorstehers

einen gefälschten Bericht in die Kösliner Zeitungen lancierte.

Aus den Papieren des Hochstaplers.

Ein Verzeichnis der Bromberger städtischen Körperschaften bei der Anstellung Alexanders in Bromberg ist nach Ansicht des „Bromberger Tageblattes“ nach Lage der Verhältnisse ausgeschlossen, denn gegen gefälschte Papiere kann sich niemand schützen. Zudem war der Bewerber von Weissenfels aus ganz ausgezeichnet empfohlen. Es liegt hierüber folgendes Zeugnis vor:

„Herr Gerichtsassessor Dr. Alexander ist in der hiesigen Stadtverwaltung in allen Abteilungen beschäftigt gewesen. Er ist ein äußerst tüchtiger und fleißiger Arbeiter, der mit außerordentlicher Energie und mit Ruhe und Besonnenheit selbst schwierigste Angelegenheiten geschickt und schnell zu unserer vollen Anerkennung erledigt hat. Sein Verkehr sowohl mit dem Publikum als auch mit Vorgesetzten und Mitarbeitern ist durch die Lebenswürdigkeit seines Wesens und die ruhige Art seines Auftretens überaus leicht und angenehm. Ich halte Herrn Gerichtsassessor Dr. Alexander für einen ausgezeichneten Verwaltungsbeamten und für eine selbständige bzw. leitende Stellung in der Kommunalverwaltung ganz vorzüglich geeignet. Seine Führung war stets tadellos. Weissenfels, den 6. August 1911. Daehn, Erster Bürgermeister der Stadt Weissenfels a. S.“

Unter dem 25. November 1911, als Alexander bereits in Bromberg war, überwies ihm die Stadt Weissenfels eine Gratifikation von 1000 M. in Anerkennung seiner unermüdeten und erfolgreichen Mitwirkung bei dortigen Grundverhandlungen.

Aus dem selbstverfaßten Lebenslauf des Schwindlers

seien nachfolgende Angaben mitgeteilt: „Geboren wurde ich am 14. März 1881 zu Essen an der Ruhr. Das Referendar-Examen habe ich mit dem Prädikat „gut“ bestanden. Nachdem ich im Januar 1909 das Assessor-Examen bestanden, war ich zuerst einige Zeit Grundbuchrichter in Schöneberg bei Berlin. In dieser Zeit wurde mir von dem damaligen Herrn Oberbürgermeister Wilde in Schöneberg und von dem Herrn Oberbürgermeister Kirchner in Berlin geraten, mich der Kommunalverwaltung zu widmen und zu diesem Zwecke mich vorher in kaufmännischen und gewerblichen Betrieben praktisch auszubilden, weil eine solche Vorbildung die günstigste Grundlage für die praktische Tätigkeit als Kommunalbeamter sei. Ich schied daher aus dem Justizdienste aus und arbeitete zunächst ein Jahr bei der Deutschen Bank und bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin. Nach einer kurzen informatorischen Beschäftigung in der Stadtverwaltung zu Weissenfels wurde ich sodann vom Bromberger Magistrat als etatsmäßig besoldeter Magistrats-Assessor für die Stadtverwaltung gewählt. In dieser Stellung bin ich noch heute tätig. Mein vollständig selbständiges Dezernat setzt sich zusammen aus: (Hier folgen die einzelnen Verwaltungsgebiete.)

Den Grund dafür, daß mir insbesondere das Dezernat der für Bromberg überaus wichtigen Eingemeindung von 8-10 Vororten übertragen wurde, bildete der Wunsch der Stadtverordnetenversammlung, diese seit etwa 25 Jahren schwebende Angelegenheit energischer gefördert und endlich erledigt zu sehen. Es wurden im Wege einer Dezernatsänderung die Eingemeindungsachen dem bisherigen Dezernenten — einem besoldeten Stadtrat — abgenommen und mir übertragen. Bei den verschiedensten Gelegenheiten habe ich über Eingemeindungsfragen auch öffentlich referiert. Ein für die Entwicklung der Stadt Bromberg wichtiger Zweig meines Dezernats sind die Propagandasachen. Diese Einrichtung ist hier neu geschaffen und hat den Zweck, durch Artikel und Berichte in Zeitungen und Zeitschriften des In- und Auslandes auf die hiesigen wirtschaftlichen und Verkehrs-Verhältnisse, sowie auf die kommunalen Einrichtungen und die Annehmlichkeiten Brombergs aufmerksam zu machen. Als besoldeter Magistrats-Assessor habe ich aber nicht nur mein ständiges Dezernat zu erledigen, sondern auch eine Reihe von besonders zeitraubenden und eine umsichtige und gründliche Bearbeitung erfordernden Angelegenheiten aus den verschiedensten Dezernaten zu bearbeiten. Für eine dieser Arbeiten, die seit etwa 20 Jahren infolge ihrer besonderen Schwierigkeiten von den verschiedenen Dezernenten immer wieder erfolglos in Angriff genommen wurde, ist mir in Anerkennung der schnellen und für die Stadt finanziell überaus günstigen Erledigung aus der Mitte der hiesigen Stadtverordnetenversammlung öffentlich Dank ausgesprochen worden.“

Die Verhandlung gegen den Schwindler.

Wie die Kösliner Staatsanwaltschaft mitteilt, findet die Verhandlung gegen den früheren Zweiten Bürgermeister von Köslin in ungefähr sechs Wochen vor der Strafkammer des Landgerichts Köslin statt. Gegen Thormann ist nunmehr auch ein Haftbefehl wegen Verdachts der Nichtverbüßung einer Strafe, intellektueller Urkundenfälschung und Anmaßung eines öffentlichen Amtes erlassen worden. Der erste Haftbefehl war wegen Verdachts der Erpressung ausgestellt worden.

Bestechliche Gendarmen.

Seit Donnerstag voriger Woche wird vor dem Kriegsgericht der 2. Gardebivision in Berlin ein Prozeß gegen drei Gendarmeriewachmeister verhandelt, die beschuldigt werden, daß sie sich auf der Karlsborster Rennbahn von Buchmachern jahrelang hätten bestechen lassen. Die Angeklagten bestritten jede Schuld, doch wurde durch die Vernehmung von nahezu 100 Zeugen, meistens Buchmachern, festgestellt, daß die Angeklagten fortgesetzt Geld haben zufließen lassen, und daß sie dann die Buchmacher, von denen sie „geschmiert“ wurden, nicht anzeigen und sie in der Ausübung ihres Gewerbes nicht störten. Die meisten der Buchmacher verweigerten die Aussage und wollten sich nicht mehr erinnern, ob und wieviel Geld sie den Angeklagten gegeben hatten.

Am Mittwoch wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Mahkopf beantragte gegen den Gendarmeriewachmeister Haneberg 2 Jahre Zuchthaus, Ausstößung aus dem Heere und drei Jahre Ehrverlust, gegen die Gendarmeriewachmeister Sußland und Erzleben je 1 Jahr Zuchthaus, Ausstößung aus dem Heere und je 2 Jahre Ehrverlust. Außerdem beantragte der Vertreter der Anklage das bei Erzleben geänderte Geld von 2400 Mark als dem Staate verfallen zu erklären und den auf freiem Fuß befindlichen Angeklagten Erzleben in Haft zu nehmen. Der Verteidiger Justizrat Winterfeld suchte in längerer Rede nachzuweisen, daß nur ein Indizienbeweis vorliege, und daß man darauf nicht altbewährte Beamte ins Zuchthaus schicken könne. Er beantragte sie freizusprechen, eventuell zu Gefängnis zu verurteilen, da nur ein minder schwerer Fall vorliege. Die Angeklagten versicherten, daß sie in Gottesfurcht und Königstreue erogen seien, den Ruch des Königs in Ehren getragen und sich keines Verbrechens schuldig gemacht haben. Die Urteilsverkündung findet Donnerstag 11 1/2 Uhr statt.

König Georg in Paris.

Truppenchau in Vincennes.

Präsident Poincaré und Frau Poincaré fuhren gestern nachmittag nach 1 1/2 Uhr vor der englischen Botschaft vor, wo der König und die Königin von England in ihren Wagen Platz nahmen, um sich unter den Sympathieumgebungen der Menge zur Truppenchau nach Vincennes zu begeben.

Nach dem Vorbeimarsch der Truppen vor dem König von England und dem Präsidenten der Republik nahmen die Zöglinge der Ecole Polytechnique und das Bataillon von St. Cyr vor der Präsidententribüne Aufstellung. Dort schmückte Präsident Poincaré ihre Fahnen mit dem Kreuz der Ehrenlegion, um, wie er sagte, der nationalen Dankbarkeit Ausdruck zu verleihen gegenüber diesen Anstalten, die dem Lande so viele gute Diener gegeben haben, gegenüber diesen beiden mächtigen Pflanzstätten, die dem ganzen Heere ein Beispiel von Patriotismus und militärischer Pflichterfüllung gewesen sind. Präsident Poincaré küßte darauf beide Fahnen.

Empfang im Pariser Rathaus.

Nach der Rückkehr von der gestrigen Truppenchau in Vincennes bei Paris fand für den König und die Königin von England, die von dem Präsidenten Poincaré und Frau Poincaré begleitet waren, um 5 Uhr nachmittags ein Empfang im Rathaus von Paris statt.

Der Präsident des Gemeinderats und der Präfekt des Seine-Departements hielten Begrüßungsreden, die der König dankend erwiderte. Darauf besichtigten die Majestäten die Säle des Rathauses, wo sie von den zum Empfange Erschienenen herzlich begrüßt wurden. Im Namen der Stadt Paris wurden ihnen Geschenke überreicht, und zwar ein goldener Becher für den König und ein Spiegel für die Königin. Nachdem sich die Majestäten in das Goldene Buch eingetragen hatten, verließen sie in Begleitung des Präsidenten Poincaré und seiner Gemahlin das Rathaus.

Die Pariser Presse über die Trinksprüche.

Über die im Elysee gemachten Trinksprüche schreibt der „Temps“:

Die Toaste werden in England und Frankreich mit gleicher (?) Befriedigung aufgenommen werden, und die öffentliche Meinung Europas hat Ursache, sich ausnahmslos dieser Befriedigung anzuschließen. In der Tat sind die Worte, welche ein vollkommen harmonisches Echo verdienen, die Worte „Zivilisation“ und „Friede“. Die beiden Nationen sind über den Ton der beiden Reden glücklich. Beide Trinksprüche sind durch eine Wärme bemerkenswert, die derartigen ökonomischen Kundgebungen nicht immer innewohnt, und diese Wärme hat nichts Gezwungenes.

Das „Journal des Débats“ sagt: Aus den Trinksprüchen geht in glänzender Weise hervor, daß die Entente Cordiale keine vorübergehende Kombination ist, welche dazu bestimmt ist, mit der Erledigung einstiger Zwistigkeiten zu verschwinden, sondern ein ständiges Übereinkommen, nach welchem die äußere Politik der beiden Regierungen normal geregelt werden wird. Wir wünschen, daß diese Worte auch nach außen den verdienten Widerhall finden. Sie werden machtvoll dazu beitragen, in Europa sowohl in den Gemütern wie in den Tatsachen die Ordnung wiederherzustellen.

Daß die Gemüter in Europa nicht in Ordnung gewesen sind, ist außer dem „Journal“ niemandem bekannt geworden. Aber vielleicht meint das Blatt auch nur die Gemüter der Franzosen, die in der Tat durch die Freude auf den Besuch König Georgs etwas aus dem Häuschen geraten sind.

Der Krieg in Mexiko.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

In Washington wird von ziemlich maßgebender, aber nicht amtlicher Stelle erklärt, Huerta habe das Ersuchen gestellt, die Vereinigten Staaten möchten den Geschäftsträger O'Shanghnessy abberufen.

Inzwischen ist bereits der mexikanische Geschäftsträger in Washington, Alvaro von Huerta angewiesen worden, von Staatssekretär Bryan seine Pässe zu verlangen.

Die Lage in Veracruz.

Die amerikanischen Streitkräfte beherrschen nach amerikanischen Nachrichten Veracruz vollständig. Nichtkombattanten sind nicht verwundet worden. Konteradmiral Fletcher hat an die Einwohner von Veracruz einen Erlaß gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, im Interesse der Menschlichkeit mit ihm an der Wiederherstellung der Ordnung zu arbeiten. Sie könnten ihre städtische Regierung beibehalten, wie zuvor. Die Vereinigten Staaten würden

Stadtverordneten-Sitzung.

hb. Posen, 23. April.

Das Stadtparlament beschäftigte sich gestern u. a. mit der Beratung des Bebauungsplans der Kirch- und Lorenzstraße, erörterte auf eine Eingabe des Vorstandes der Kaiser Wilhelm-Siedlung die Notwendigkeit einer Verlängerung der Straßenbahn nach Dembsien und beschloß a. a. gem. die Erbauung eines größeren Milchhäuschens auf dem Wilhelmplatz mit einem Kostenaufwande von 9900 M. aus den Überschüssen der städtischen Milchläche.

Eine ausgedehnte Debatte knüpfte sich an die Magistratsvorlage über die Bewilligung eines Zuschusses von 140 000 Mark zum Neubau eines Gebäudes der Kgl. Handels- und Gewerbeschule für Mädchen. Über die Notwendigkeit der Bewilligung herrschte kaum eine Meinungsverschiedenheit. Dagegen rief die vielerörterte Platzfrage ein heftiges „Für“ und „Wider“ hervor. Wenn auch die Mehrheit der Versammlung sich auf den Boden der Magistratsvorlage stellte, so dürfte doch das letzte Wort in der Angelegenheit noch nicht gesprochen sein. Denn die Gründe gegen die Verlegung der Schule nach dem Eichwaldtore und für die Weiterbehaltung der Schule in der zentralen Lage des Westens sind in der dem Minister zu unterbreitenden Petition so überzeugend und schlagend angeführt, daß sich der Minister ihnen kaum verschließen dürfte.

Eine andere Boulage betraf die Bewilligung von 50 000 Mark für bauliche und gärtnerische Bauten des Zoologischen Gartens, die mit Rücksicht auf eine noch auf der Tagesordnung stehende polnische Schulinterpellation glatt erledigt wurde. Über die Interpellation sei auf den ausführlichen Sitzungsbericht verwiesen.

Im übrigen nahm die dreistündige Sitzung folgenden Verlauf:

Die Versammlung wurde, da der Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Blazek in der Sitzung erst später erscheinen konnte und sein Stellvertreter nicht anwesend war, vom Stadtv. von Starowski als ältestem anwesenden Stadtverordneten eröffnet. Man trat sofort in die Beratung der Tagesordnung ein.

Personliche Angelegenheiten.

Zunächst beschäftigte man sich mit der Wahl von Armen- und Arbeiterdeputierten. Zum Ortsbezirksvorsteher für den 13. Bezirk wurde Hausbesitzer Mohaupt und für den 10. Bezirk Kaufmann Heinrich Weiser gewählt. (Berichterst. Stadtv. Witte).

Kleine Vorlagen.

Für den Fahrstuhl im Stadtkrankenhaus wurden zu den bewilligten 1000 M. noch 580 M. nachbewilligt. (Referent Stadtv. Brann).

Wit der Anstellung des Militärärzters Lieve als Kanzlist erklärte sich die Versammlung nach dem Antrage des Berichterstatters Stadtv. Reichel einverstanden.

Ebenso erteilte die Versammlung ihre Genehmigung zum Anbau des Kontorbüschens neben der Schulbarade am Gerberbaum (Referent Stadtv. Witte) zum Preise von 310 M. Für die Ausstattung werden 90 M. erforderlich, die ebenfalls bewilligt wurden.

Nunmehr übernahm der inzwischen erschienene Stadtverordnetenvorsteher, Justizrat Blazek, die Leitung der Versammlung.

Über die Kanalisation der Ackerstraße und der Parallelstraße zur Unterwildastraße berichtete Stadtv. Gaertig. Die Gesamtkosten betragen sich auf 105 000 M., die Kosten sind von den Anliegern zurückzuführen.

Die Vorlage wurde unverändert angenommen.

Für den Gartenarbeiter Lukas Kaczmarek wurde das Ruhegehalt nach dem Vorschlage des Referenten Brann bewilligt. Es folgte die Vorlage über den

Bebauungsplan der Kirch- und Lorenzstraße, über den der Stadtv. Pitt an der Hand eines vorgelegten Planes berichtete. Der Referent bat, mit der Zuschüttung der Nidelschen Teiche etwas energischer vorzugehen. Das Durchfahrtsrecht von der Kirchstraße nach Solatisch durch den Bahnhöfen entspreche nicht den Bedürfnissen, er bitte den Magistrat, beim Eisenbahnpräsidenten wegen der Verbreiterung der Durchfahrt vorstellig zu werden.

Stadtv. Krensch empfiehlt, die alten Bäume und die alten Schuppen der Nidelschen Mühle niederzulegen. Ferner unterstützt er die Anregung des Stadtv. Pitt auf Verbreiterung der Durchfahrt nach Solatisch.

Stadtv. Pitt regt ebenfalls nachträglich die Beseitigung der Bäume und der alten Gebäude an. Durch die neue Fluchtlinie werde die alte Fluchtlinie außer Kraft gesetzt.

Stadtv. Kiper regt die Verbreiterung der Weidentalstraße und die weitere Durchführung der Enteignung an dieser Straße an.

Der Bebauungsplan wurde angenommen. Das Restaurationsgebäude in der Lorenzstraße soll abgebrochen und die Straße dort durchgelegt werden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Stadtverordnetenvorsteher machte hierauf Mitteilung von der Auerbachsiedlung im Betrage von 5000 M.

Eingegangen ist eine Eingabe vom Vorstande der Kaiser Wilhelm-Siedlung auf

Verlängerung der Straßenbahn nach Dembsien.

Stadtv. Gaertig beantwortet die Eingabe, die Straßenbahn könne ganz auf weitergeführt werden, da die Kronprinzengasse bis auf 100 Meter gepflastert ist, die Unkosten insofern nicht zu groß sind. Man müsse den dortigen Bewohnern den Verkehr möglichst erleichtern.

Stadtv. Wahr weist auf den in der dortigen Gegend bedeutend zunehmenden Häuserbau und die dadurch bedingte Verkehrssteigerung hin. Der Bürgerverein Wilda sei für die Verlängerung der Straßenbahn eingetreten, und er hoffe, daß die Regierung als Aufsichtsbehörde dafür Sorge tragen wird. Er bitte, den Magistrat, halbmöglichst sich mit der Straßenbahn in Verbindung zu setzen. Weiter führt er Klage über mangelhafte Straßenbahnverbindung nach der Blücherstraße besonders an Sonntagen.

Stadtv. Hoffmann schließt sich den Klagen an. Schon mit Rücksicht auf die Eichwaldbesucher, die eine Benutzung der Straßenbahn der des Eichwaldweges vorziehen, sei die Verlängerung der Straßenbahn erforderlich.

Stadtverordnetenvorsteher Blazek: Herr Wahr hat das Richtige getroffen: nur der Regierungspräsident ist zuständig. Der müsse scharf gemacht werden, die Stadt allein erreiche erfahrungsgemäß doch nichts.

Eingegangen ist ein Protest des Kaufmanns Luczak gegen die geplante Vertheilung auf dem Alten Markte (Zuruf: „Wah!“)

Der Bürgerverein Jerzisz hat bekanntlich eine Eingabe an den Minister gegen die Verlegung der neuen Gewerbeschule für Mädchen nach dem Eichwaldtore gerichtet. Der Stadtverordnetenvorsteher macht davon Mitteilung, und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Einnahme von Erfolge sein möge.

nur das Zollhaus besetzt halten und Patrouillen durch die Stadt schicken.

In einer Konferenz, die heute vormittag an Bord des Linienschiffes „Arkanas“ zwischen den Konteradmiralen Badger und Fletcher stattfand, wurde die vollständige Einschließung von Veracruz beschlossen. Das Landungskorps Badgers ist 2700 Mann stark.

Nach Mitteilungen des Marineministeriums sind von der Flotte des Konteradmirals Badger weitere Verstärkungen in Veracruz gelandet worden in bei der Einnahme der ganzen Stadt zu helfen. Badger hat auch die Torpedobootflottille nach Tampico beordert, um den Kreuzer „Des Moines“ zu unterstützen, der dort allein zurückblieb, als die übrigen amerikanischen Schiffe nach Veracruz gingen.

Kein Krieg, nur Blockade.

In Kreisen, die der amerikanischen Botschaft in Berlin nahestehen, erklärt man es für wahrscheinlich, daß nur eine Blockade der mexikanischen Häfen durch die amerikanischen Schiffe, und zwar nur für Waffen und Munition werde durchgeführt werden, um der Fiktion zu entsprechen, daß der Krieg nicht gegen das mexikanische Volk, sondern lediglich gegen Huerta und seine Anhänger gerichtet sei. Für diese Maßnahme dürften auch die Wünsche in Betracht kommen, internationale Schwierigkeiten zu vermeiden.

Zur Tagesgeschichte.

Die badische Regierung gegen Aufhebung des Jesuitengesetzes.

In der Mittwoch-Sitzung der Badischen Zweiten Kammer, in der die Generaldebatte über den Kultusetat begonnen wurde, gab Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.) die Erklärung ab, daß seine Partei ebenso energisch wie das Zentrum für die Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen werde, welches nicht haltbar sei. Die Regierung möge von dem Rechte Gebrauch machen, Klöster zuzulassen.

Kultusminister Dr. Böhm erklärte, daß die Regierung die Trennung von Staat und Kirche im wohlverstandenen Interesse der beiden Organisationen vermeiden müsse. Die Interpretation des Jesuitengesetzes betrachte die Regierung nicht als glücklich, aber der Aufhebung des Jesuitengesetzes schlechtweg könne die badische Regierung nicht zustimmen, sie sei aber bereit, sich an den kommenden Verhandlungen im Bundesrat in dieser Frage zu beteiligen.

Der Zwischenfall an der Bagdadbahn.

Die auch von uns wiedergegebene Nachricht eines Pariser Blattes aus Beirut über einen schweren Zusammenstoß, der sich vor einigen Tagen am Euphratübergang der Bagdadbahn zwischen den Ingenieuren der Bangesellschaft und türkischen Arbeitern ereignet haben soll, wird von Berliner offiziöser Seite für eine phantastische Aufbauschung der um mehrere Wochen zurückliegenden und alsbald beigelegten Arbeiterunruhen an der Euphratbrücke erklärt. Dagegen hat neuerdings am Bagdads-Tunnel im Amanusgebirge ein Angriff von Arbeitern auf Ingenieure stattgefunden, bei dem einige Kavassen verwundet wurden.

Deutsches Reich.

Die Rückkehr des Reichskanzlers. Wie die „Neue politische Korrespondenz“ hört, hat der Reichskanzler von seinem ursprünglichen Plan, sich auf der Rückreise von Korfu einige Tage in Venedig aufzuhalten, mit Rücksicht auf die ihm zur Verfügung stehende knappe Zeit Abstand genommen. Seiner Wiederankunft in Berlin wird für Anfang nächster Woche entgegengesehen.

Veragung des Reichstags. In gutunterrichteten politischen Kreisen gilt es nunmehr als sicher, daß eine Vertagung und nicht der Schluß des Reichstags stattfinden wird. Man erwartet, daß sich zwischen der Reichsregierung und dem Reichstag unschwer eine Verständigung darüber herbeiführen lassen wird, welche Vorlagen in der gegenwärtigen Tagung noch erledigt werden sollen und welche auf die nächste Herbst- bzw. Wintertagung verschoben werden sollen.

Hochzeit im Hause des Frhrn. v. Schorlemer. Gestern fand auf Schloß Viefen an der Mosel die Hochzeit der Baroness Paula von Schorlemer mit dem Grafen Westersholt-Gyzenberg statt, zu der 170 Gäste anwesend waren, darunter Prinz Oskar von Preußen und Fürst und Fürstin zu Wied. Bischof Korum vollzog in der Dorfkirche die Trauung des jungen Paares.

Erweiterung des Stadtkreises Köln. Die verstärkte Gemeindefunktion des Abgeordnetenhauses nahm einen Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Köln, Eingemeindung von Mülhlanfen und Merheim an.

Die diesjährige Sitzung des Ausschusses der Deutschen Turnererschaft findet nach einem neuerlichen Beschluß nicht in Dorimund, sondern in Leipzig statt und zwar vom 2. bis 4. Juni d. J.

Schweden.

König Gustav auf dem Wege der Genesung. König Gustav verließ gestern nachmittags 2 1/4 Uhr Sofiaemmet, wo er bisher lag, und fuhr mit der Königin nach Schloß Drottningholm, wo die Herrschaften um 3 Uhr 40 Minuten eintrafen. Dem König ist die Fahrt gut bekommen. Er begab sich vorsichtshalber sofort zu Bett. Professor Berg begleitete den König nach Drottningholm.

Das Urteil im Frankfurter Vereinsbank-Konkurs.

(Privattelegramm des Posener Tageblatts.)

Frankfurt a. O., 23. April.

In dem vielgenannten Bankprozeß wurden der Angeklagte Direktor Schumann zu zehn Monaten Gefängnis und 3500 Mark Geldstrafe, Direktor Kleemann zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt, beide wegen wissentlich falscher Angaben bei einer Anmeldung vor Gericht und Bilanzverschleierung. Dem letzteren wurden mildernde Umstände zugestanden. Die Gefängnisstrafe Schumanns wurde durch die 1 1/2 Jahre währende Untersuchungshaft als verbüßt erachtet. Der Prokurist Kühn wurde freigesprochen.

Stadtv. Gaertig: „Wie war das? Hoffentlich nicht.“ (Weiterkeit.)

Nachruf für einen verstorbenen Stadtverordneten. Stadtverordnetenrat Justizrat Blazek: Ich habe noch etwas nachzuholen. (Die Versammlung erhebt sich.) In der vergangenen Woche farb der Ziegeleibesitzer, Maurer- und Zimmermeister Steinbach. Er hat 6 Jahre unserer Versammlung angehört und hat an unseren Versammlungen und Beratungen in den Kommissionen mit Eifer teilgenommen; wir betrauern seinen Verlust ernsthaft und werden sein Andenken in Ehren halten.

Über die Erbauung eines größeren Milchhäuschens auf dem Wilhelmplatz

berichtete Stadtv. Dr. Honcia. Hierzu hat der Magistrat eine Vorlage gemacht, in der es heißt:

Das Häuschen auf dem Wilhelmplatz erweist sich seit längerer Zeit als zu klein. Die städtische Milchmehlfabrikation drängt deshalb darauf, daß baldmöglichst ein neues größeres Milchhäuschen auf dem Wilhelmplatz errichtet wird. Der Magistrat schlägt nun nach Anhörung der Hochbaudeputation und der Magistratsfunktionärkommission vor, ein neues massives Häuschen vor dem alten Stadttheater an der Südseite des Wilhelmplatzes zu errichten. Die Anordnung ist so getroffen, daß in späteren Jahren bei Bedarf ein symmetrisch gelegenes Häuschen für die Zwecke etwa des Verkehrsvereins oder dergleichen an der Nordseite errichtet werden kann, wodurch das architektonische Bild des Platzes noch abgeschlossener wird. Das Milchhäuschen erhält einen Büffetraum, einen geräumigen Raum für das Publikum und zwei Nebenräume für Aufbewahrung von Flaschen und für Garderobe. Von der Errichtung eines besonderen Abortes kann abgesehen werden, da die städtische Bedürfnisanstalt im alten Stadttheater sich in unmittelbarer Nähe befindet. Das Häuschen soll mauwerkartig errichtet werden, die Säulen und Gesimse sollen in Beton hergestellt und steinmässig bearbeitet werden. Das Dach wird in Kupfer gedeckelt. Der Fußboden der Vorkasse erhält Klinkerbelag die inneren Räume Linoleum auf Asphalt mit Korkplattenunterlage. Die Kosten des Häuschens belaufen sich nach dem Kostenüberblick auf 9900 Mark einschließlich innerer Einrichtung, was bei 5 Prozent Amortisation einer Miete von 693 Mark oder rund 700 M., entspricht. Das jetzt bestehende Milchhäuschen wird während der Bauzeit provisorisch umgekehrt und kann nach Errichtung des neuen Häuschens an anderer Stelle Verwendung finden. Das Kuratorium der Milchläche hat den Entwurf gebilligt und ist bereit, die durch den Bau erwachsenden Kosten aus den Ertragsmitteln der Milchläche zu decken. Der Magistrat erucht die Stadtverordneten-Versammlung, dem Projekt zuzustimmen und die Kosten im Betrage von 9900 Mark aus den Ertragsmitteln der Milchläche zu bewilligen.

Die Vorlage wurde ohne Diskussion angenommen.

Stadtv. Gutschke fragt an, wie weit die Klagen in dem bekannten „Eingesandte“ über die Höhe der Milchpreise berechtigt sind.

Stadtrat Lemmel: Wir zahlen an die Molkereien 15 Pfg., an die Güterverwaltung von Maramowice 20 Pfg. Darin hat der Empfänger recht; er vergißt aber, daß auf der Milch auch Unkosten liegen, die sich für das Liter auf 5 Pfg. belaufen.

Stadtv. Dr. Kollzewski regt eine Verziehung des Löwendentmals an.

Stadtv. Wahr fragt, wie weit die Frage der Verlegung des Milchhäuschens am Bismarckplatz gebieter sei. Der Magistrat habe doch die Verlegung schon vor längerer Zeit zugesagt.

Eine hinreichende Antwort wird vom Magistrat nicht erteilt. Beim Etat der Steuerverwaltung 1913 werden nach dem Antrage des Stadtv. Dr. Kollzewski 2400 M. nachbewilligt.

Ueber den städtischen Zuschuß zum Neubau der Kgl. lichen Handels- und Gewerbeschule

berichtete Stadtv. Gutschke. Es handelt sich um einen Gesamtzuschuß von 140 000 M. Der Referent machte einzelne Angaben über den mit einem Kostenaufwande von über 1 Million Mark geplanten Schulneubau, der schon seit Jahren schwebt, und wie jeder Kenner der Verhältnisse auch zugeben müsse, auch durchaus erforderlich sei, da die jetzigen unzulänglichen Räume nicht nur den bescheidensten hygienischen Ansprüchen nicht genügen, sondern auch dem Andrang, der erfreulicherweise zu dieser Schule herrscht, nicht mehr gewachsen seien. Er erörterte dann kurz die langjährigen Vorverhandlungen, die jetzt endlich dazu geführt haben, daß der Neubau auf einem von der Stadterweiterungskommission zur Verfügung gestellten Platze errichtet werden solle. Die Stadt solle nach der Forderung des Ministers ihr Interesse an der Anstalt durch die Bewilligung eines Zuschusses in Höhe von 140 000 M., der in 7 Jahresraten zu zahlen ist, dokumentieren. Der Referent betonte im Anschluß hieran, daß im Finanzausschuß Besprechungen darüber laut geworden sind, weil vom Staate der Zuschuß für eine bereits bestehende Anstalt gefordert werde. Die Stadt habe reichliche Leistungen für ihre Mittel- und Volksschulen zu tragen. Es müsse ein Einklang zwischen den verschiedenen Ressorts der Ministerien geschaffen werden, damit sie nicht von allen Seiten an die Stadt herantreten. Eine Verantwortung habe die

Platzfrage

nicht nur in den Bürgervereinen von Jerzisz und Lazarus, sondern auch in der ganzen Bürgerschaft hervorgerufen. Die Schule müsse, wenn sie von allen Seiten besucht werden soll, eine mehr zentrale Lage haben. Wenn der Finanzausschuß sich gleichwohl in der Platzfrage der Vorlage angeschlossen habe, so sei das geschehen, um die Sache nicht noch mehr zu komplizieren. Er beantrage, namens des Finanzausschusses der Vorlage zuzustimmen und 140 000 M. zu bewilligen und auch dem gewählten Platz zuzustimmen.

Stadtv. Köpke glaubt, daß die Petition in der Platzfrage beim Minister Gehör finden werde. Er halte es für vollständig ausgeschlossen, eine solche Schule an die Peripherie, ungefragt in die Gegend von Rataj (Weiterkeit) zu legen. Eine solche Schule gehöre eben in das Zentrum, besonders mit Rücksicht auf die ankommenden Besucherinnen. Er bitte, den Beschluß über die Platzfrage noch anzusehen.

Stadtv. Brunne schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Gegen den jetzigen Platz haben sich nicht nur weite Kreise unserer Stadt, sondern auch auswärtige Kommunen ausgesprochen. Die Schule sei für die ganze Provinz vorhanden, deshalb müsse sie eine zentrale Lage haben. Der Platz am Hauptbahnhofe würde ebenso den Wildaern günstig sein, wie den anderen Vororten.

Stadtverordnetenvorsteher Blazek bittet, daß die einzelnen Redner nicht immer dasselbe sagen.

Stadtv. Hoffmann: Ich glaube, Herr Brunne sei ein Vertreter der Provinz Posen. Er redner, fühle sich als Vertreter der Stadt Posen. (Wieder!) Er sei in der in Aussicht genommenen Gegend geboren; sie sei für die Schule durchaus geeignet. (Weiterkeit.) Die Schülerinnen können ruhig 5-6 Minuten weiter gehen als bisher. Es müsse endlich auch einmal etwas für Wilda geschehen! Jerzisz habe in den letzten Jahren genug erlangt. Er bitte, der Vorlage zuzustimmen. Gewundert habe ihn die Bemerkung des Stadtverordnetenvorstehers bei der Verlesung der Petition. Er wisse nicht, ob die Bemerkung ironisch gemeint war oder nicht, jedenfalls habe sich der Finanzausschuß einstimmig für die unveränderte Annahme der Vorlage erklärt.

Stadtv. Victor: Für Jerzisz sei tatsächlich in den letzten Jahren viel geschehen. Der Unterstadter sei vieles genommen worden. Es sei die höchste Zeit, daß auch für die Unterstadt etwas geschehe. Uns kann es doch einerlei sein, was die Bürgermeister von Lischkegel, Pomst Meseritz Krotoschin, Schrimm, Schroda, Fillehne dazu sagen. (Stürmische Weiterkeit.)

Stadtv. Krensch spricht sich gegen den Platz am Eichwaldtore aus; er empfehle die Entscheidung des Ministers in der Sache abzuwarten.

Stadtv. Pasche: Herr Victor hat auf den Gegensatz zwischen der Altstadt und Jersig hingewiesen. Er ist aber den Beweis dafür schuldig geblieben, daß der in Aussicht genommene Platz zentral gelegen ist.

Stadtv. Witt glaubt, daß, wenn der Magistrat sich gegen den Platz gesträubt hat, er auch seine Gründe dafür gehabt haben muß. Eine Gewerbeschule, die ein von außerhalb besuchtes Seminar hat, muß in die Nähe der Bahn kommen. Plätze sind dafür vorhanden. Da wir zu der Schule einen Fußweg geben sollen, müssen wir doch auch bei der Platzwahl mitreden dürfen. Wenn die Stadterweiterungskommission Gelände los sein will, so kann ja Gelände am Trainfahrplatz ausgetauscht werden.

Oberbürgermeister Dr. Wilms warnt dringend davor, die Vorlage heute nicht zu verabschieden. Wir lehnen jede Verantwortung für die Nichtverabschiedung ab. Die Unterbringung ist nicht so leicht, wie es scheint. Der Platz am Oberbleichenden Turm würde das Doppelte kosten. Verfügnngsrecht am Trainfahrplatz haben wir noch nicht, es wird immerhin noch einige Zeit vergehen bis daß der Fall ist. Dem Plaze am Ribonius-Platz ist mit Rücksicht auf die Rauchplage von der Eisenbahn, der am Eichwaldtore doch vorzuziehen. Jedenfalls bitte er die Vorlage heute anzunehmen; sollte eine Resolution wegen des Platzes angenommen werden, so sei der Magistrat gern bereit, diese zu betrreten.

Stadtv. Slominski tritt für den Platz am Eichwaldtore ein.

Ein nunmehr vom Stadtv. Dr. Kolljewski eingebrachter Schlusssatz wurde angenommen.

In seinem Schlusswort meinte Stadtv. Gulsche, allen jungen Mädchen der Gewerbeschule müßten anlässlich der heutigen Debatte die Ehren geklungen haben; so eifrig und ausführlich sei wohl noch um keine Schule gekämpft worden. Er empfehle, die Vorlage anzunehmen, und wünsche, daß die Gewerbeschule sich in den neuen Räumen ebenso heimisch fühlen möchte, wie es in den alten der Fall gewesen ist.

Ein Antrag auf Vertagung der Platzfrage wurde abgelehnt, ebenso die Resolution des Finanzausschusses, die zuständigen Instanzen auf die Ungeeignetheit des Platzes am Eichwaldtore für die Schule hinzuweisen. Die Magistratsvorlage wurde angenommen.

Wie Mittel für die Errichtung eines Unterkunftshauses für den Gondelbetrieb im Eichwalde wurden nach dem Antrage des Stadtv. Simon bewilligt.

Über bauliche und gärtnerische Änderungen im Zoologischen Garten

verrichtete Stadtv. Rischner. Wir haben bereits die Vorlage in allen ihren Einzelheiten ausführlich mitgeteilt. Der Referent beschränkt sich darauf, aus der Vorlage nur die wichtigsten Punkte, wie den Bau eines Aquariums an der Buter Straße, die gärtnerische Umgestaltung des Zoologischen Gartens, die Errichtung einer Mauer zum Abschluß des Gartens gegen die Tiergartenstraße, den Neubau eines Musikpavillons herauszugreifen. Der Referent empfahl die Bewilligung der beantragten 50 000 Mark für die genannten Zwecke und schloß seine Ausführungen mit den Worten: Jeder, der jetzt den Zoologischen Garten betritt, muß seine heile Freude haben an der durchgreifenden Änderung die in ihm vorgenommen worden ist. Der Vorstand und der neue Director haben sich die größte Mühe gegeben, mit bescheidenen Mitteln das Möglichste zu leisten. (Zustimmung.)

Stadtv. Witt schlägt vor, den Musikpavillon am Eingange zum Tiergarten zu errichten.

Stadtv. Kernchen: Die Bürgerschaft wird es dankbar anerkennen, daß die Mauer jetzt der ganzen Länge nach ausgeführt wird.

Darauf wurde die Vorlage angenommen.

Es folgte eine

polnische Schulinterpellation.

Stadtv. von Karwowski: Schon vor Ostern waren Gerüchte im Umlauf, daß von gewisser Seite Schritte getan sind, den polnischen Religionsunterricht durch den deutschen in den städtischen Schulen zu ersetzen. Diese Gerüchte fanden umso mehr Glauben, als Herr Bürgermeister Pünzer in einem im „Tag“ erschienenen Artikel die Abschaffung des polnischen Unterrichts gefordert hat. Ich habe meine vor den Osterferien beabsichtigte Interpellation wieder zurückgezogen, weil mir von maßgebender Stelle mitgeteilt wurde, daß man die geplanten Maßnahmen wieder aufgegeben habe. Das ist durch die nach Ostern getroffenen Maßnahmen der Stadt-Schuldeputation doch anders geworden. Zu dieser Maßnahme steht im schroffsten Gegensatz die Ansicht von bedeutenden Pädagogen, daß die Grundlage und der Mittelpunkt alles Unterrichts die Muttersprache sein müsse. Diesen Grundatz hat auch der preussische Staat für seine deutschen Schulen durchgeführt. Wenn wir Polen das für uns fordern, dann heißt es: „Ja Bauer, das ist ganz was Anderes.“ Gerade die Religion fordert den Unterricht in der Muttersprache. Hat doch Bismarck selbst gesagt, daß er in einer fremden Sprache zu Gott nicht beten könne. Wenn die Zahl der Verbredchen in der polnischen Jugend zugenommen hat, so liegt das daran, daß der Religionsunterricht nicht in der Muttersprache erteilt wird. Bekannt ist das Wort Kaiser Wilhelms I.: „Ich will, daß meinem Volke die Religion erhalten bleibe.“ Deshalb fällt es der englischen Regierung nicht ein, in den irischen Schulen den Unterricht in der Muttersprache abzuschaffen. Und auch in dem wegen seiner Nützlichkeit geschmähten Rußland kennt man derartige Maßnahmen nicht. Nur in Preußen läßt man sich nicht von pädagogischen Grundsätzen leiten, sondern von politischen. Dadurch entfremdet man eine Klasse vom Staate und macht sie zu Feinden des Staates. Auch die Maßnahme der Regierung hat die polnische Bevölkerung erschüttert. Der preussische Staat wäre nicht zu Grunde gegangen, wenn er das Polnische in der Schule beibehalten hätte. Ich muß im Namen der polnischen Bevölkerung protestieren gegen den Gewaltakt und verlangen, daß der Status quo ante wieder hergestellt wird. Ich habe gehört, daß der Kreis-Schulinspektor Dr. Krausbauer bei dieser Maßnahme eigenmächtig gehandelt hat, ich frage Sie deshalb, Herr Schulrat, in wessen Auftrag Sie diese Maßnahme getroffen haben.“ (Zustimmung bei den Polen.)

Stadtschulrat Dr. Krausbauer: Es war schon vielfach Klage darüber laut geworden, daß die katholischen Schulabteilungen mit 72 bis 80 Schülern zu groß seien. Deshalb war man mit Beginn des neuen Schuljahres bemüht, diesem Mangel abzuhelfen. Dabei hat sich herausgestellt, daß wir keine genügende Anzahl von Lehrkräften zur Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache zur Verfügung haben. Es ist früher schon darauf hingewiesen worden, daß wir uns in einer Notlage befinden. Religionsunterricht muß erteilt werden. Kräfte, die ihn in polnischer Sprache erteilen könnten, haben wir nicht. (Zuruf des Stadtv. Dr. Soncia: „Weil Sie nicht wollen.“) Deshalb ist angeordnet worden, daß in einzelnen Schulen im zweiten Schuljahre und zwar in 15 von 83 Abteilungen, der Unterricht in deutscher Sprache erteilt wird. Wenn mit dem Vorredner Willkür vorgeworfen ist, so weiß ich nicht, was ich dazu sagen soll. Ein Erlaß des Ministers vom 1. August 1913 ermächtigt uns zu dieser Maßnahme.

Stadtv. Gulsche: Um was handelt es sich denn eigentlich bei der von polnischer Seite angegriffenen Maßnahme? Erst die Ausführungen des Stadtschulrats haben den Kern der Sache geoffenbart. Bisher ist in den Schulen der Altstadt, von Jersig und von Gurtzschin der Religionsunterricht im ersten und zweiten Schuljahre in polnischer Sprache erteilt worden. Das hat jetzt geändert werden müssen. Die Ursache liegt in dem Mangel an polnisch sprechenden Lehrern. Sie (zu den Polen gewandt) wissen ebenso gut wie ich, daß die Vorliebe polnischer Jünglinge, in Beamtenstellungen einzutreten, im Schwinden ist. Herr Bewandwirth belegte sie bei der letzten hiesigen Polendebatte mit dem Schimpfwort „Knegeat“. Und ich meine allerdings, daß diese Maßnahmen von polnischer Seite betragten haben zur jetzigen wirtschaftlichen und geistigen Höhe des

Potentums. Daraus ist der wirtschaftliche Aufstieg des Potentums zum großen Teile erklärlich. Der Stadt liegt garnichts daran, polnische Lehrer zurückzuweisen. Wir haben sie vielmehr nötig. Die Grundzüge liegen auf dem Gebiete des nationalen Gegensatzes. Während die Zahl der polnischen Lehrer abnimmt, ist was niemand bestreiten wird, die Zahl der polnischen Schüler gestiegen. Ein solcher Unterricht bei überfüllten Klassen ist nur noch ein schaler, der Lehrer braucht seine volle Kraft auf, nur um die Disziplin aufrecht zu erhalten. Da kam ein Schreiben vom Domkapitel, das auf diese bedenklichen Zustände hinwies. Die Regierung hat auch keine polnischen Lehrer auf Lager. Wir sind deshalb zu der Meinung gekommen, dem unerträglichen Zustande dadurch ein Ende zu machen, daß wir um zweiten Schuljahre an Stelle des polnischen Unterrichts den Religionsunterricht durch deutsch-katholische Lehrer erteilen lassen. Es ist eine Vorsichtsmaßnahme, die diktiert ist durch den Mangel an polnischen Lehrern. Bei der notorischen Unfähigkeit der Stadt hat man versucht gesunde Zustände der Lehrer wiederherzustellen. Das sind Maßnahmen, die sich aus den praktischen Verhältnissen ergeben haben. Es sind nicht politische Verhältnisse. Bismarck würde sich im Grabe umdrehen, wenn er als Kronzeuge für solche Maßnahmen zitiert würde. (Heiterkeit.) Wenn ich an die Vorgänge in der Moabiter Kirche denke, so meine ich, daß doch wohl ganz andere als religiöse Gründe bei derartigen Vorgehen mitsprechen.

Stadtv. von Karwowski: Wenn die beiden Vorredner behauptet haben, daß ein Mangel an Lehrern die Schuld an der Maßnahme trägt, so ist das, entschuldigen Sie, eine Ausrede. Was im vorigen Vierteljahre möglich war, muß auch in diesem Vierteljahre möglich sein, so viele polnische Lehrer sind nicht gestorben. Ich habe selbst dem Herrn Bürgermeister Pünzer polnische Lehrer und Lehrerinnen mit guten Zeugnissen zugeführt, aber sie sind trotz zweijährigen Wartens nicht angenommen worden. Die Schule ist nicht für die Lehrer, sondern für die Schüler da. Religion darf man nicht zu Experimenten gebrauchen. Die Religion ist eine heilige Sache. Der Kreis-Schulinspektor ist mir auf meine Frage die Antwort schuldig geblieben. Ich hatte die Frage gestellt: Haben Sie eine schriftliche Verfügung des Oberpräsidenten, dann legen Sie sie mir vor. Sie müssen mir Gelegenheit geben, darauf vorzugehen.

Oberbürgermeister Dr. Wilms: Die Anordnungen sind im Einvernehmen mit dem Minister getroffen worden, und es ist anzunehmen, daß der Herr Oberpräsident davon weiß. Die 15 Fälle sind von den Schulleitern mit der Kgl. Regierung besprochen worden. Es liegt keine Willkür, sondern eine Maßnahme vor, die in den vorliegenden Verhältnissen ihren Grund hat. Die Zahl von 60-70 Schülern ist zu groß, ihre Zahl hat sich vermehrt, die Zahl der Lehrer aber nicht. 15 neue Klassen sind es, um die wir jährlich zunehmen. Der bisherige Bestand ist gedeckt worden, darüber hinaus war das nicht mehr möglich. Was herangezogen werden konnte, ist gegeben, sogar ein Rektor hat sehr gegen seinen Willen, den Unterricht übernehmen müssen. Zwei Abteilungen in einer Woche ist das höchste, was man von einem Lehrer erwarten kann. Es ist schwieriger geworden, Lehrer zu gewinnen, weil leider die Regierung nicht mehr gestattet, daß die Lehrer zu Lehrproben kommen dürfen. Das ist für uns besonders schwierig. Nun hat Professor von Karwowski einen Lehrer erwähnt, der aber, falls es derselbe ist, den ich im Auge habe, nur genügende Zeugnisse hatte. Es müßte von der polnischen Fraktion eigentlich anerkannt werden, daß die Stadt bemüht gewesen ist, die Verhältnisse angemessen zu regeln. Es liegt kein Anlaß vor, hier die Frage aufzurollen, ob deutscher oder polnischer Unterricht. Man kann hier in der Versammlung diese Frage kaum aufrollen. Es handelt sich nicht darum, in der Volksschule eine Änderung zu schaffen, sondern um Maßnahmen, die aus der Not heraus geboren sind.

Stadtv. Dr. Hartwig: Ich muß gegen eine Bemerkung des Professors von Karwowski Stellung nehmen. Er hat die Zunahme der Verbredchen unter der polnischen Jugend auf den Religionsunterricht in deutscher Sprache zurückgeführt. Ich halte eine derartige Behauptung einfach für unerhört. Ich beschuldige vielmehr das Elternhaus mit den Einflüssen der Pestalape und der polnischen Presse hierfür. Recht interessant war mir, daß Herr Professor von Karwowski auch Bismarcks Schriften liest. Man kann daraus sehr viel lernen. Gewiß hat er sich über das Gebet in der von ihm angezogenen Weise geäußert. Aber man kann auch noch manches andere aus Bismarcks Werken lesen, nämlich, daß man sich das Gefühl der Treue gegen den Staat hinter die Ohren schreibt. (Bravo!)

Stadtv. Dr. von Szulzewski: Nach der Ansicht des Oberbürgermeisters ist es richtig, die polnischen Kinder in spanische Stiefel zu schnüren. Eins ist festgestellt, daß der Magistrat Lehrer zur Verfügung hatte, die in der Lage waren, polnischen Religionsunterricht zu erteilen. Ferner ist festgestellt, daß die Staatsregierung alles tut, um polnische Lehrer nicht anzustellen. Wenn man ihm zumutet, er solle seine Muttersprache verleugnen, sich gewissermaßen zum politischen Heuchler stampeln lassen, so sind das einfach Verhältnisse, die unerhört sind. Wer solche Verhältnisse schafft, der läßt sich etwas ganz Unerhörtes zu schulden kommen. (Stadtverordnetenvorsteher Blazet, den Redner unterbrechend: „Herr Dr. Szulzewski, ich muß diese Bemerkung als ganz ungehörig energisch zurückweisen.“) Nun noch ein paar Worte für Herrn Rechtsanwalt Dr. Hartwig. Sie haben von der Verbeziehung gesprochen. Wer ist der Heher? Wissen Sie nicht, daß Leute, die an der Spitze des S. P. L.-Vereins stehen, es gewagt haben den Oberpräsidenten Dr. D. Schwarzkopf als Schwachkopf zu bezeichnen? Wir scheinen mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Hartwig über die Bedeutung der Worte anderer Meinung zu sein. Hat nicht Herr von Tiedemann seinen Kaiser als eine Nummer bezeichnet?

Stadtv. Gaertig: Als Mitglied der Schuldeputation muß ich folgendes bemerken. Die Sache hat uns in verschiedenen Sitzungen beschäftigt und ich kann nur bezeugen, daß es nicht etwa eine Ausrede ist, daß wir keine polnischen Lehrer haben. Es ist tatsächlich so. Der Oberbürgermeister hat ganz Recht, daß es unter Umständen nur eine vorübergehende Maßnahme sein soll. Der Unterricht muß nach Ansicht der Polen in der Muttersprache sein, aber ich bemerke, auf dieser Stufe sprechen die Kinder deutsch besser, als polnisch. Ich erinnere an die Bamberger, die gezwungen wurden, in den Kirchen polnisch zu sprechen. Zuruf des Stadtv. von Karwowski: Das ist nicht richtig; lebh. Widerspruch auf deutscher Seite.)

Stadtv. Dr. Kolljewski: Wenn man irgend eine minderwertige Sache hat, dann bekommt man schon lange vorher eine ausführliche Vorlage. Bei einer so einschneidenden Maßnahme erfährt man erst etwas post festum. Der Redner versucht in längeren Deduktionen nachzuweisen, daß die Maßnahme gesehlich unzulässig sei.

Stadtv. Witte betonte, daß er der Stadtschuldeputation nicht angehört, und deshalb in der Lage sei, die Maßnahmen objektiv zu würdigen. Er habe den ardsten Teil der Interpellation schon vorher im „Dziennik“ gelesen. Das beweise, daß die Frage weniger als religiöse als politische auf polnischer Seite aufgefaßt werde. Der Mangel an polnisch sprechenden Lehrern sei notorisch. Und wo sollen denn auch die polnischen Lehrer herkommen. Das Bromberger Polenblatt beschwor die polnischen Eltern, ihre Söhne unter keinen Umständen in ein Seminar eintreten zu lassen. Und in dasselbe Horn tutet die übrige polnische Presse. Daher kommt die Kalamität. Ich stehe auf dem Standpunkte, der Religionsunterricht müßte überhaupt erst im dritten Schuljahre beginnen, dann wären wir über alle Schwierigkeiten hinweg, dann würde man auch die Politik der kleinen Maderlische nicht empfinden. Dr. Szulzewski hat die Sache total in das politische Fahrwasser gebracht, indem er wieder behauptete die polnischen Lehrer müßten in ihrer Familie deutsch sprechen. Ich habe schon neulich betont, daß die Annahme irrig ist. Die Mitglieder einer polnischen Lehrfamilie müssen nur der deutschen Sprache mächtig sein. Im vorigen Vierteljahre waren die Verhältnisse so, daß sie gerade von ihrer Seite abfällig beurteilt wurden. Alljährlich kommen die Präpste in die Schulen und sprechen sich aner-

kennend über die Erfolge des Unterrichts aus. Etwas mehr Objektivität müßte man von ihnen (zu den Polen gewandt) verlangen.

Stadtv. von Karwowski macht den Vorschlag, daß die deutschen Lehrer polnisch lernen müßten, wenn sie in der überwiegend polnischen Stadt Posen angestellt werden wollen.

Oberbürgermeister Dr. Wilms betont, daß durch den Fortfall der Lehrproben die Sache in Posen sehr erschwert werde, und wendet sich dann gegen Dr. Szulzewski, dessen Vorwurf gegen ihn ganz unberechtigt gewesen sei. Der Erlaß, den der Stadtschulrat zitierte, stammt vom 1. August 1913. Entschieden müsse er betonen, daß man sich bemüht habe, Lehrer für den polnischen Unterricht heranzuziehen. Daß die deutschen Katholiken durch die Maßnahmen der Polen schwer geschädigt würden, sei aus der Geschichte der Bamberger erwiesen. Er stehe auf dem Standpunkte des Stadtv. Dr. Witte (große Heiterkeit), den Religionsunterricht in den beiden ersten Schuljahren aufzuheben. Neben dem Religionsunterricht steht der Vorbereitungunterricht auf die Sakramente, da seien zurzeit zwei Jahre vorgesehen. Einer Verlängerung dieser Zeit könne man von Schul wegen entgegenkommen.

Stadtverordnetenvorsteher Blazet: Als Mitglied der Schuldeputation wolle er die Vorwürfe gegen sie, der auch Stadtverordnete angehören, zurückweisen. In ihr war jeder politische und konfessionelle Gesichtspunkt ausgeschlossen. Erst nach Vorlegung und eingehender Beratung des ganzen Materials ist man zu der getroffenen Maßnahme gekommen. Auch das polnische Mitglied der Schuldeputation war überrascht darüber, mit welcher Objektivität und Gründlichkeit in der Schuldeputation gearbeitet wird.

Stadtv. Dr. Soncia glaubt als Ergebnis der Interpellation feststellen zu sollen, daß es sich bei der Maßnahme nur um eine vorübergehende Erscheinung handle, der ein Ende gemacht werden kann. Vielleicht werden sich in Folge der Interpellation mehr polnische Lehrer melden. Der ernste Wille sei nicht in die Tat umgesetzt worden. Er empfehle die Annahme einer Entschliekung, durch die der Magistrat gebeten wird, möglichst viele Lehrkräfte, die die polnische Sprache zur Erteilung des Religionsunterrichts beherrschen, nach Posen heranzuziehen. Mit der Annahme dieser Entschliekung fand die Sitzung gegen 9 Uhr ihr Ende.

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 23. April.

Der entlarvte zweite Bürgermeister von Köslin Dr. Alagan der alias Thormann befand sich im vergangenen Jahre auch einmal unter den Bewerbern um eine hiesige Stadtratsstelle, die nachher mit dem Stadtrat Dr. Houtermanns besetzt wurde. Obwohl er auf die engere Bilde gesetzt worden war, fiel die Wahl glücklicherweise nicht auf ihn; er hatte auch infolge seiner Wahl zum zweiten Bürgermeister von Köslin seine Bewerbung im September v. Js. zurückgegeben, jedoch in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß er bei einer eventuellen Wahl als Stadtrat diese annehmen würde. Glücklicherweise entschieden unsere Stadtväter anders und bewahrten so die Stadt vor der Unannehmlichkeit, jetzt im Zusammenhang mit der Aufsehen erregenden Affäre genannt zu werden.

Erledigte Rentmeisterstelle. Die Rentmeisterstelle bei der königlichen Kreiskasse in Bunzlau, Regierungsbezirk Liegnitz, ist zu besetzen.

Der Wasserstand der Barthe betrug hier heute früh + 1,23 Meter, gegen + 1,30 Meter gestern früh.

Soran N.-L., 21. April. Das Opfer eines verhängnisvollen Unfalls ist der elfjährige Sohn des Postsekretärs J. geworden. Der Knabe, der vorübergehend bei seiner Großmutter hier weilte, hatte mit anderen Knaben mit einem Fließbogen geschossen. Einer der Kleinen drückte den Bogen so unglücklich ab, daß der Pfeil dem kleinen J. ins rechte Auge drang, das zerstört wurde und herausgenommen werden mußte.

Der mexikanische Krieg.

Frankfurt a. M., 22. April. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Neuport von 4 Uhr 25 Min. nachmittags, die Amerikaner landeten nunmehr auch in Tampico Truppen und besetzten das Zollamt und die Kabellestation, anscheinend ohne Widerstand zu finden.

Beracruz, 22. April. Bis zum Mittag sind in den Straßenkämpfen sechs Amerikaner verwundet worden, darunter einer tödlich.

Chihuahua, 22. April. General Caranza hat eine Erklärung über die Ansichten der Aufständischen bezüglich der Einnahme von Veracruz durch die Amerikaner veröffentlicht, in dem er das Vorgehen der Vereinigten Staaten als einen Akt der Feindseligkeit gegen das mexikanische Volk bezeichnet.

Washington, 22. April. Präsident Wilson hat an den Kongress eine Botschaft gerichtet, in der er die sofortige Bewilligung von 500 000 Dollars für die Armee befürwortet.

Telegramme.

Kaiser Franz Joseph.

Wien, 22. April. Die „N. Fr. Pr.“ meldet, nach dem heute beim Kaiser abgehaltenem Konsilium erklärte der Leibarzt Dr. Kergl, die Gefahr ist vorüber, ich gehe beruhigt schlafen.

Wien, 22. April. Wie die „Korrespondenz Wilhelm“ von privater Seite erfährt, befindet sich der Kaiser heute wieder viel besser als gestern. Der Monarch ist bei bestem Appetit und fühlt sich ganz frisch. Das Fieber ist andauernd ganz geschwunden. Der noch bestehende Husten ist locker und man kann das Unwohlsein unter normalen Umständen als beinahe ganz behoben betrachten.

Wien, 22. April. In dem heutigen Abendbulletin heißt es: In dem Befinden des Kaisers ist keine wesentliche Änderung zu verzeichnen. Die katarthalsischen Erscheinungen sind unverändert. Herzaktion, Appetit und Kräftezustand sind zufriedenstellend.

Ein Fischerboot mit neun Mann gesunken.

Odesa, 22. April. In der Nähe von Theodosia erlitt ein großes Fischerboot während eines Sturmes eine Beschädigung bei der die ganze Mannschaft von neun Personen ertrank.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Hamburg, 22. April. Abends 6 Uhr. Mden-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg für 50 Kilogramm für April 9,35, für Mai 9,40, für Juni 9,45, für August 9,62 1/2, für Oktober-Dezember 9,65, für Januar-März 9,82 1/2. Stetig.

Berlin, 23. April. Wetter: Schön. Rensort, 22. April. Tendenz: stramm. Canadian Pacificaktien 196,25, Baltimore 88,25, United States Steels Corporation 58 3/4.

Rensort, 22. April. Weizen für Mai 100 1/2, für Juli 96 3/4, für September 93 3/4.

